

So stimmt Bern Das Geld der anderen gibt sich gerne aus



Eine Betrachtung des Berner Abstimmungsverhaltens

Die vorliegende Studie vergleicht das Abstimmungsverhalten der Agglomerationsgemeinden Berns sowie der sechs Stadtberner Zählkreise in finanzpolitischen Vorlagen. Anhand von fünf aktuellen Abstimmungen wird gezeigt, dass zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und dem Abstimmungsverhalten ein Zusammenhang besteht. Die Studie zeigt, dass in denjenigen Zählkreisen und Gemeinden, in welchen die Stimmberechtigten über mehr Vermögen verfügen, in finanzpolitischen Sachfragen sparsamer abgestimmt wird. Im Gegensatz dazu stimmen gerade diejenigen Gebiete, deren Stimmbürger weniger vermögend sind,

oft ausgabenfreudiger. Sowohl innerhalb der Stadt als auch beim Vergleich mit den Agglomerationsgemeinden zeigt sich, dass Gebiete mit weniger vermögenden Einwohnern ausgabenfreudiger stimmen als Zählkreise mit mehr Vermögen. So zeigen sich typische Verhaltensmuster, wenn es um finanzpolitische Abstimmungen geht:

Als typisch **bürgerlich und sparsam** können die Gemeinde Muri und die Zählkreise Kirchenfeld/Schosshalde bezeichnet werden.

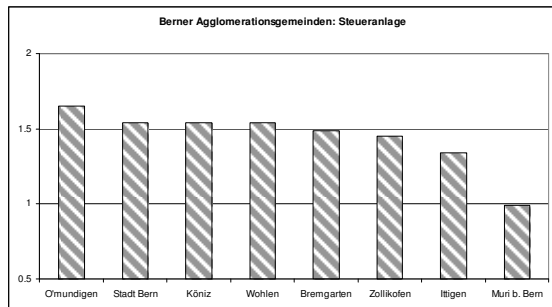
Als **links und sparsam** treten die weniger vermögenden Gemeinde Ostermundigen sowie die Zählkreise Bümpliz/Oberbottigen auf.

Und als **links und ausgabenfreudig** heben sich die Stadtgemeinde Bern und da vor allem die Zählkreise Länggasse/Felsenau ab.

Das Abstimmungsverhalten der Berner Agglomerationsgemeinden

Grundlage: Die Vermögensverhältnisse

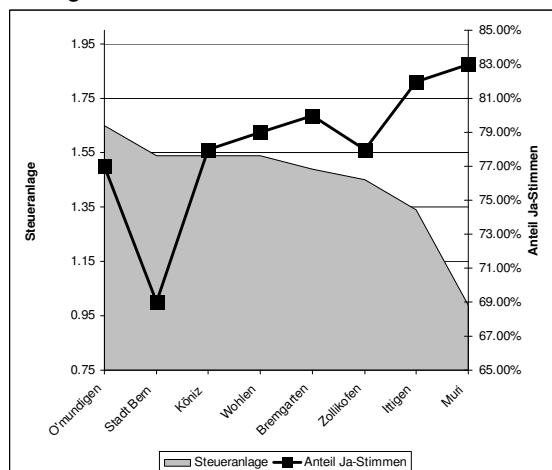
Die Rangierung der Berner Agglomerationsgemeinden mit über 1'500 Einwohnern nach Vermögensverhältnissen lässt sich anhand der Steueranlagen der Gemeinden¹ aufzeigen. Von den umliegenden Gemeinden liegt der Steuerfuss in Ostermundigen am höchsten, in Muri am tiefsten. Obwohl nicht 1:1 vom Steuerfuss auf die Vermögensverhältnisse rückgeschlossen werden kann, so kann doch davon ausgegangen werden, dass je tiefer der Steuerfuss einer Gemeinde ist, desto wohlhabender (und damit oft auch bürgerlicher) ihre Stimmberechtigten sind.



Beispiel 1: Einführung der Schuldenbremse (Kantonale Volksabstimmung, 24.2.2008)

Zwei parlamentarische Initiativen (Bolli, FDP und Brand, SVP) im Grossen Rat forderten 2005 die Einführung einer Schuldenbremse. Ziel der Schuldenbremse war es, den kantonalen Haushalt im Gleichgewicht zu halten – bzw. zu bringen. Die Schuldenbremse besagt, dass der Staat ausser in Ausnahmefällen mittelfristig keine Verluste machen darf.

Diese wichtige kantonale Verfassungsänderung wurde deutlich mit 76.8 % angenommen. Die folgende Grafik zeigt die Zustimmung zur Vorlage nach Gemeinde:

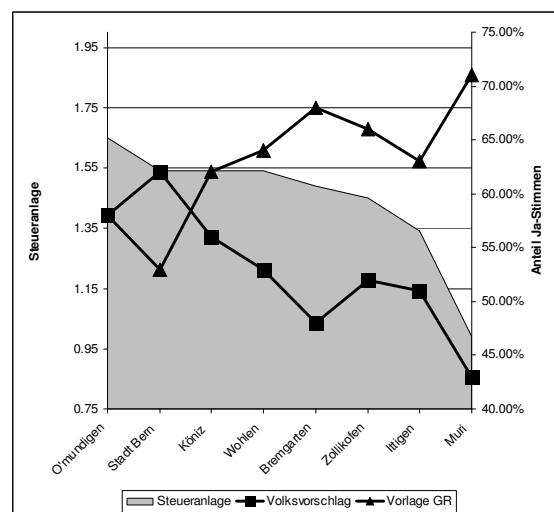


Die Abstimmung über die Schuldenbremse zeigt die Ausgabefreudigkeit bzw. die Sparabsichten der Gemeinden sehr gut auf: Am grössten war die Zustimmung in Muri mit einem sehr hohen Ja-Stimmenanteil von 83 %. Im krassen Gegensatz dazu steht die Stadt Bern. Es verwundert wenig, dass ausgerechnet in der Gemeinde Bern, die seit Jahren meist rote Zahlen schreibt, und damit wenig als finanzpolitisches Vorbild taugt, die Zustimmung mit nur 69 % gering war. Sie liegt damit weit hinter den umliegenden Gemeinden und auch tief unter dem kantonalen Durchschnitt. Offenbar ist man es sich hier gewohnt, Geld auszugeben, das man nicht selber verdient hat. Ein Sonderfall stellt Ostermundigen dar. Die Gemeinde stimmt zwar traditionell eher links und hat die höchste Steueranlage der untersuchten Gemeinden. Zur Schuldenbremse stimmt sie jedoch mit 77 % Ja-Stimmenanteil deutlich zu. Ein Phänomen das auch in den folgenden Beispielen ersichtlich ist.

Beispiel 2: Änderung des Steuergesetzes: Volksvorschlag (Kantonale Volksabstimmung, 24.2.2008)

Mit der 2007 vom Grossen Rat beschlossenen Teilrevision des Steuergesetzes sollten Einkommens- und Vermögenssteuern im Kanton gesenkt werden. Gegen diese Steuergesetzrevision haben einzelne linke Grossräte ein Referendum mit einem so genannten Volksvorschlag eingereicht, welcher den Mittelstand zusätzlich belastet.

Beide Vorlagen wurden angenommen, im Stichentscheid hat sich jedoch der Volksvorschlag knapp durchgesetzt.



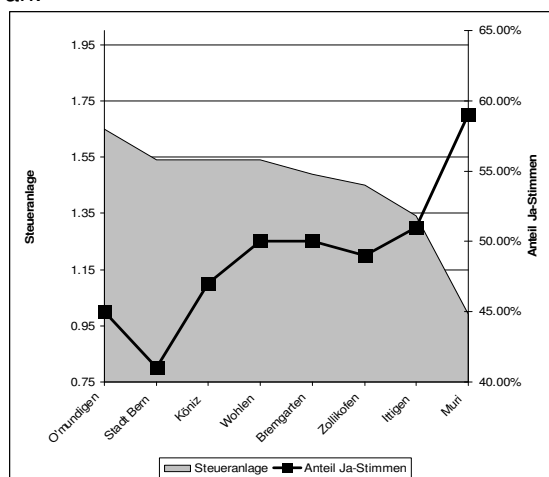
Die Grafik zeigt einen klaren Trend: Je höher die Steueranlage, desto grösser die Zustimmung.

mung zum linken Volksvorschlag und desto geringer die Zustimmung zur Vorlage des Grossen Rates. Interessant ist insbesondere die Stadt Bern, in welcher als einzige der hier untersuchten Gemeinden die Zustimmung zum Volksvorschlag höher ausfiel als zur Vorlage des Grossen Rates.

Bsp. 3: Unternehmenssteuerreform II (eidgenössische Abstimmung, 24.2.2008)

Mit der Reform des Bundesgesetzes über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen werden die Steuerforderungen an KMU abgebaut. Damit können Innovationen gefördert und blockierte Nachfolgeregelungen gelöst werden. Durch die Beseitigung der Steuernachteile für KMU wird die ganze Wirtschaft gestärkt. Die Linke befürchtete Steuer geschenke für Grossaktionäre und Mindereinnahmen für den Staat.

Die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform konnte mit 50.5 % knapp gewonnen werden. Es wundert kaum, dass bei dieser Abstimmung, die kurzfristig vielleicht eine Reduktion der Steuererträge zur Folge haben könnte, die einnahmefreundliche Stadt im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden mit 41 % den tiefsten Ja-Stimmenanteil aufweist. Dagegen zeigt sich vor allem das bürgerliche Muri fortschrittlich, wenn auch nicht uneigennützig, und nahm die Reform äusserst deutlich an:

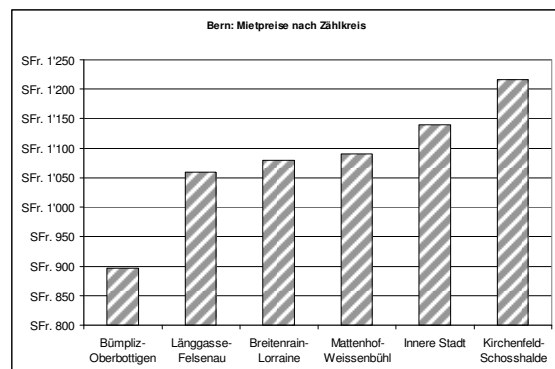


Diese drei Beispiele geben einen Einblick, wie die Vermögensverhältnisse (anhand der Steueranlage) und das Abstimmungsverhalten in den Agglomerationsgemeinden zusammenhängen. Es soll nun darum gehen, diese Feststellung innerhalb der Gemeinde Bern in den einzelnen Zählkreisen zu prüfen.

Das Abstimmungsverhalten der Stadtberner Zählkreise

Grundlage: Die Vermögensverhältnisse

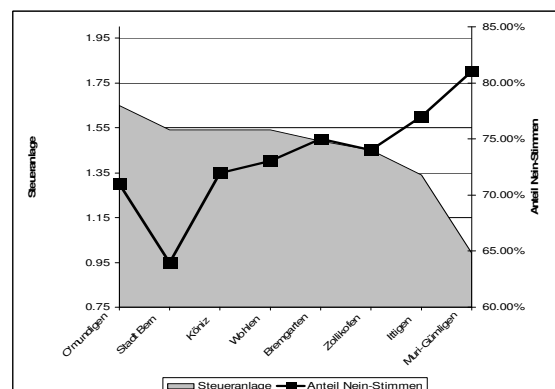
Da der Kanton die steuerpflichtigen Personen in der Stadt Bern nicht nach Zählkreisen erfasst, können aus den Daten der Steuerverwaltung keine Erkenntnisse über die Verteilung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Stadt Bern gezogen werden. Hingegen ist der Mietpreis² ein Indikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Zählkreise. Es ist ersichtlich, dass die Wohnungen in Bümpliz mit durchschnittlich knapp 900 Franken am günstigsten und mit rund 1'200 Franken im Zählkreis Kirchenfeld/Schosshalde am teuersten sind. Daraus schliessen wir eine entsprechende Vermögensverteilung.³



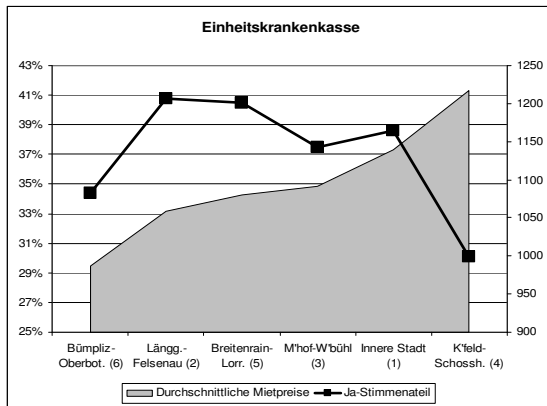
Bsp. 4: Für eine soziale Einheitskasse (eidgenössische Volksinitiative, 11.3.2007)

Diese von linker Seite lancierte Initiative wollte, dass es nur noch eine Einheitskasse in der obligatorischen Grundversicherung geben soll. Dabei sollte sich die Höhe der Prämien stärker nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen, Vermögen) der Versicherten richten.

Die Volksinitiative wurde deutlich mit 71.2 % abgelehnt. Einmal mehr zeigt sich der bekannte Trend beim Vergleich der Gemeinden:



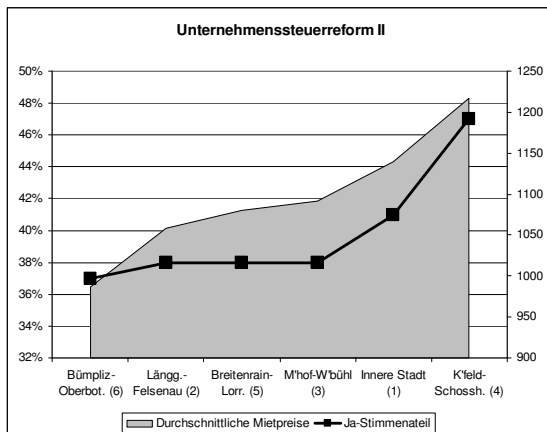
Diese nun bekannte Tendenz, dass nämlich die vermögenden Gemeinden nicht nur bürgerlicher, sondern auch kostenbewusster abstimmen, lässt sich tatsächlich auch innerhalb der Stadt feststellen, auch wenn hier die Initiative mit ‚bloss‘ 63.3 % abgelehnt wurde. Die folgende Grafik zeigt den Ja-Stimmenanteil zur Vorlage der Einheitskasse.



Auch bei dieser Abstimmung ist feststellbar, was schon bei den Agglomerationsgemeinden sichtbar wurde: Mit steigendem Vermögen schwindet die Zustimmung zu kostspieligen Vorlagen. Auffallend ist das Büezerland Bümpliz, welches trotz hohen linken Wähleranteils die Vorlage deutlich ablehnt. Im Unterschied zum Zentrum wohnen hier die weniger vermögenden und sparsameren linken Wähler.

Bsp. 5: Unternehmenssteuerreform II (eidgenössische Abstimmung, 24.2.2008)

Deutlich zeigt sich der Trend der Ausgabefreudigkeit auch bei der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform II, die bereits beim Vergleich der Gemeinden eine eindeutige Tendenz aufwies: Wer wenig zahlt (links) will auch innerhalb der Stadt nicht, dass die Vermögenden (rechts) steuerlich weniger belastet werden.



Die Entente Bernoise stellt fest:

- Bürger der ärmeren Berner Agglomerationsgemeinden und Zählkreise, stimmen teuren finanzpolitischen Vorlagen eher zu als vermögende Gemeinden und Zählkreise. Aus der Untersuchung lassen sich folgende Kategorien bilden:

bürgerlich und sparsam: Stimmen wirtschaftsfreundlichen Vorlagen zu und lehnen teure finanzpolitische Vorlagen ab. Beispiele: **Muri, Kirchenfeld/Schosshalde**. Diese Gebiete zeichnen sich durch eine hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus.

links und sparsam: Stimmen zwar tendenziell links, aber auch kostenbewusst. Beispiele: **Ostermündigen, Bümpliz/Oberbottigen**. Man kann sie als aufrechte Sozialdemokraten alter Schule bezeichnen. Diese Gebiete zeichnen sich durch die eine eher tiefe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aus.

links und ausgabefreudig: Im Vergleich der Agglomerationen am deutlichsten sichtbar in der Gemeinde **Bern** und innerhalb der Stadt im Zählkreis **Länggasse/Felsenau**. Das typische Verhalten der RGM Wählerschaft. Diese Gebiete zeichnen sich durch wenig Vermögen aber ein ausgabefreudiges Abstimmungsverhalten aus.

Die Entente Bernoise fordert deshalb:

- Jedes Gemeinwesen soll primär selber die Verantwortung für seine Finanzen tragen.
- Sparsame Gemeinden sind zu belohnen, ausgabefreudige zu überwachen.
- Abschaffung des direkten Finanzausgleichs.
- Kritische Hinterfragung der sogenannten Zentrumslasten und ihrer Berechtigung.
- Der Steuerwettbewerb muss weiter gefördert werden.

www.ententebernoise.ch

4/2008

¹ Quelle: Handels- und Industrieverein des Kantons Bern: Gemeinderating, Update 2007.

² Quelle: Finanzverwaltung / Statistikdienste der Stadt Bern: Durchschnittliche Mietpreise nach Wohnungsgröße, Stadtteil und Baujahr, 2003.

³ Die Wohnungen in Bümpliz sind zusätzlich wegen ihrer peripheren Lage günstiger.